Antrag der Fraktion der CDU**Videoaufklärungsanlagen an Haltestellen – sofort!**

Das Sicherheitsgefühl der Bremerinnen und Bremer hat in den vergangenen Jahren erheblich gelitten, sei es in der Bremer Innenstadt, am Bremer Hauptbahnhof oder auch bei der Fahrt mit den öffentlichen Verkehrsmitteln. Ein Übergriff scheint nie weit weg zu sein und die Zahlen aus der Polizeilichen Kriminalstatistik sowie aus dem Statusbericht zum Thema Sicherheit bei der BSAG geben dem Gefühl nicht nur eine faktenbasierte, sondern besorgniserregende Grundlage. Der über Jahre zu verzeichnende, deutliche Anstieg von sicherheitsrelevanten Vorfällen in den Bussen und Bahnen führt dazu, dass der ÖPNV spürbar an Attraktivität verliert und sich viele Menschen immer öfter überlegen lieber auf ihr Auto zurückzugreifen. Das oftmals wenig einladende Bild vieler Haltestellen, die durch alkohol- oder drogenkranke Personen als kurzfristige oder dauerhafte Unterkunft zweckentfremdet werden, sorgt hierbei für Unmut in der Bevölkerung. Um den ÖPNV wieder sicherer für alle Menschen zu machen, ist Videoüberwachung in den Bussen und Bahnen sowie an den Haltestellen, an denen sich immer häufiger die Gewaltstraftaten entzünden, sei es etwa beim Warten auf die Verkehrsmittel oder nach dem Ausstieg, ein wichtiger Schritt.

Es gibt mittlerweile eine Vielzahl von Taten, die sich in öffentlichen Verkehrsmitteln ereignet haben und breite öffentliche Aufmerksamkeit erregten: So zum Beispiel der Übergriff auf einen 26-jährigen Straßenbahnfahrer in Hastedt Anfang 2023, der lediglich darauf hinwies, dass die Bahn nicht mehr weiterfahren würde und daraufhin unvermittelt von drei Männern brutal zusammengeschlagen wurde. Auch im Sommer 2022, als eine Transfrau in einer Straßenbahn ebenfalls körperlich von einer Jugendbande angegriffen wurde und schwer verletzt ins Krankenhaus kam, war das Entsetzen groß. Darüber hinaus gehören Reizgasattacken in Bussen und Bahnen, bei denen dann oftmals auch mehrere Menschen betroffen sind zum traurigen Lagebild dazu.

Angesichts dieser negativen Ausgangslage bietet die Videoaufklärung einen potenziellen Ansatz, um die Lage nachhaltig zu verbessern: Sie kann bei der Aufklärung von Straftaten helfen, trägt zur Reduzierung von Vandalismus wie beispielsweise Farbschmierereien bei, da die Täter wissen, dass sie bei der Tat aufgezeichnet werden und dient als Beweismittel vor Gericht. Sichtbare Aufklärungstechnik kann zudem Verbrecher abschrecken. Aber auch bei akuten Bedrohungslagen kann sich die Polizei ein aktuelles Bild von der etwaigen Gefahrenlage an einer Haltestelle machen, daraufhin ihre Einsatztaktik sowie -stärke planen und auch einschätzen, ob und wie viel zusätzliches Rettungspersonal benötigt wird.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. unverzüglich die rechtlichen Voraussetzungen zu schaffen, um die Installation, den Betrieb sowie die Nutzung von technischen Mitteln zur Videoaufklärung durch die Polizei an Haltestellen in Bremen und Bremerhaven zu ermöglichen;
2. anhand datenbasierter, transparenter Kriterien in enger Zusammenarbeit mit der BSAG, BremerhavenBus, der Polizei Bremen und der Ortspolizeibehörde Bremerhaven, eine Prioritätenliste für die Haltestellen zu erstellen, die aufgrund ihrer objektiv begründbaren Gefahrenlage mit Videoaufklärung ausgestattet werden sollen, wobei die Arbeitnehmervertretung einbezogen werden soll;
3. die Bremer Straßenbahn AG sowie Bremerhaven Bus in die Lage zu versetzen, Straßenbahnen- und Bushaltestellen im Land Bremen an denen Straftaten und Vandalismus konkret zu befürchten sind, schrittweise mit Videoaufklärungsanlagen auszustatten,
4. zu gewährleisten, dass bei den Videoaufklärungsanlagen sowohl eine Echtzeitüberwachung als auch eine vorübergehende Speicherung der Daten möglich ist. Hierbei soll geprüft werden, inwieweit eine Echtzeitüberwachung auf Abruf möglich ist und welche Haltestelle aus Sicht der Polizei und des ÖPNV für welche Variante geeignet scheinen;
5. zeitnah und prioritär Endstationen mit Videoaufklärungssystemen auszustatten, die dann auch während der Betriebszeiten in Echtzeit überwacht werden;
6. zu prüfen, ob die Polizei oder die BSAG/BremerhavenBus die Sichtung der (Echtzeit)-Bilder übernimmt und soll sodann hierfür das notwendige Personal bereitstellen. Für den Fall, dass die Sichtung und Auswertung die BSAG/BremerhavenBus zuständig sein sollte, muss sichergestellt werden, dass eine Aufschaltung der Polizei in kritischen Situationen zumindest möglich ist;
7. zeitnah einen Kostenplan aufzustellen, der den personellen sowie finanziellen Mitteleinsatz für die Umsetzung der unter 2. bis 6. skizzierten Punkte in den beiden Stadtgemeinden skizziert und eine entsprechende Bereitstellung im Rahmen der Beratungen über die Eckwerte für den kommenden Haushalt 2024/2025 vorsieht;
8. die Landesdatenschutzbeauftragte zeitnah in die beschriebenen Planungen einzubeziehen;
9. der staatlichen Deputation für Inneres sowie der Deputation für Mobilität, Bau und Stadtentwicklung fortlaufend über den Umsetzungsstand zu berichten.

Marco Lübke, Heiko Strohmann und Fraktion der
CDU